

# Grundsatz- programm

|  |    |
|--|----|
| Selbstverständnis.....   | 5  |
| Digitalisierung.....   | 6  |
| I  Eine Mantelplattform für alles.....   | 6  |
| II Künstliche Intelligenz integrieren.....                                     | 6  |
| III Unbürokratische Teilhabe.....  | 6  |
| IV Eine digitale Uni ist eine inklusive Uni.....                               | 7  |
| V  Mehr E-Demokratie wagen.....  | 7  |
| VI Alles auf einen Blick.....  | 7  |
| Vereinfachung der UniCard.....   | 9  |
| I  Ein Konto für alles.....  | 9  |
| II Onlinebanking.....  | 9  |
| Für eine Verwaltung, die mehr kann!.....                                       | 10 |
| I  Ein Akt, ein Weg - Verankerung des "Once only"-Prinzips.....                | 10 |
| II Kurze Wege, große Wirkung: Etablierung hochschulischer „One-StopShops“..... | 10 |
| III Digital first, Papierstau second.....                                      | 10 |
| Für eine Forschung, die herausragt!.....                                       | 12 |
| I  Voll und exzellent: Forschungsvielfalt stärken.....                         | 12 |
| II Transparenz statt Verbote.....  | 12 |
| III Professuren individualisieren.....   | 12 |
| IV Forschung und Mittelstand vernetzen.....                                    | 12 |
| V  Grenzüberschreitende Leuchttürme bauen.....                                 | 13 |
| Für ein BAföG, das für Jeden reicht!.....                                      | 14 |
| I  Elternunabhängiger Grundbetrag.....   | 14 |
| II Ein zinsgünstiges und -stabiles Darlehen.....                               | 14 |
| III Dein Job, dein Geld: Zuverdienstgrenzen streichen!.....                    | 14 |
| IV Verwaltung 2.0: Für einen unkomplizierten BaföG-Antrag.....                 | 14 |
| Für eine Infrastruktur, die Chancen schafft!.....                              | 15 |

|     |   |    |
|-----|---|----|
| I   | Flexibles Semesterticket.....   | 15 |
| II  | Kaffeeautomaten installieren.....   | 15 |
| III | Student-Meal-System etablieren.....   | 16 |
| IV  | Auf dem Weg zur 24/7-Uni.....   | 16 |
| V   | Alten Bowlingtreff nutzen.....  | 16 |
| VI  | Säkulare Hochschule.....  | 16 |
|     | Für ein Demokratie-Update, das Teilhabe stärkt!.....                            | 17 |
| I   | SturUpdate: Parlamentarische Demokratie statt Rat der Räte.....                 | 17 |
| II  | Echte politische Hochschulgruppen.....  | 17 |
| III | Berufungsbeauftragter.....  | 17 |
| IV  | Hochschulrat.....   | 17 |
| V   | Hochschulautonomie und staatliche Kontrolle.....                                | 18 |
|     | Für eine nachhaltige Uni, die die Umwelt schont!.....                           | 19 |
| I   | Mehr Grün im Grau.....  | 19 |
| II  | CO2-Neutralität.....  | 19 |
| III | Papiervermeidung.....   | 19 |
| IV  | Recycling-Initiative.....   | 19 |
| V   | Bottle Up!.....   | 20 |
|     | Für solide Finanzen, die den Einzelnen stärken und den Haushalt entlasten!..... | 21 |
| I   | Deutschlandstipendium.....  | 21 |
| II  | Abschlusszahlen statt Studentenzahlen.....                                      | 21 |
| III | Sozialbeiträge.....   | 21 |
| IV  | FSR first, StuRa second.....  | 22 |
|     | Für eine starke Uni, die Sicherheit schützt und Recht durchsetzt!.....          | 23 |
| I   | Entschlossen gegen Extremisten und Verfassungsfeinde.....                       | 23 |
| II  | Illegales Wildplakatieren und -flyern beenden.....                              | 23 |
| III | Das Obdachlosigkeitsproblem an unserer Uni städtisch lösen.....                 | 23 |

|   |    |
|---|----|
| Für die größtmögliche studentische Freiheit!.....                   | 25 |
| I Zulassung zum Studium.....  | 25 |
| II Studienabbruch ist kein Malus.....                               | 25 |
| III Mehr Mobilität.....   | 25 |
| IV Undergraduate Master .....                                       | 26 |
| V Bessere Zulassungsbedingungen für Zweit- und Parallelstudium..... | 26 |
| VI Familien fördern.....  | 26 |
| VII Ernährungsvielfalt.....   | 27 |
| VIII Kleidungsfreiheit.....   | 27 |
| IX Teilzeitstudium.....   | 27 |
| X Anwesenheitspflichten real abschaffen.....                        | 27 |
| XI Gründergeist fördern .....                                       | 27 |
| XII Studierende als Gastwissenschaftler.....                        | 27 |
| XIII Außerordentliches Studium .....                                | 28 |
| XIV Auf in den Fünftversuch!.....                                   | 28 |
| XV Drogenkonsumraum an der Uni Leipzig.....                         | 28 |

## **Selbstverständnis**

Die Liberale Hochschulgruppe Leipzig ist ein Bündnis all jener, die am Leipziger Studienstandort pragmatisch die Probleme der Studenten lösen wollen. Als Ziel steht eine Studienerfahrung, die von Freiheit in Lehre, Lernen und Leben geprägt ist.

Dafür setzt sich die Liberale Hochschulgruppe für Toleranz, den Abbau von Bürokratie und die sozialen Herausforderungen der Studenten ein.

Deswegen arbeiten wir sowohl konkret innerhalb der Leipziger Hochschulen als auch außerhalb an langfristigen Veränderungen.

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und die Grundwerte des Liberalismus diktieren unser Verhalten. Wir sind bereit, mit jenen Gruppen und Personen zusammenzuarbeiten, die sich auf dem Boden der Verfassung bewegen.

Demzufolge lehnen wir Extremismus jeder Art strikt ab. Wir setzen uns für eine tolerante, friedliche und rechtmäßige Ordnung der Studentenschaft ein. Nur der offene und friedliche Dialog ist einer Hochschule würdig.

Der aktuelle gesetzliche Rahmen macht für uns gut funktionierende Fachschaften imperativ. Wir setzen uns für eine Stärkung der Fachschaften ein, da diese am nächsten an den verschiedenen Bedürfnissen der Studiengänge arbeiten und demnach auch am besten auf diese reagieren können.

Wer diesen Zeilen zustimmt und sich mit Mut und Witz in die Leipziger Hochschulpolitik traut, ist eingeladen, sich uns anzuschließen.

## **Digitalisierung**

Die Digitalisierung bietet große Chancen für eine besser funktionierende Universität, die noch nicht vollständig ausgenutzt werden. Es besteht das Potential, Bürokratie abzubauen, Papier zu vermeiden, die Verwaltung zu entlasten, Teilhabe zu verbessern und somit die Studenten zu erleichtern.

Voraussetzung ist jedoch, dass die Umsetzung der Digitalisierung zusammen gedacht und sinnvoll erfolgt. Es muss ein einheitliches Konzept über Einzelansätze eines jeden Funktionsträgers triumphieren.

Deswegen setzen wir uns für die umfassende Vereinheitlichung aller, die Studenten betreffenden Prozesse in Form einer Uni Leipzig-App bzw. Mantelplattform ein.

Konkret fordern wir:

### I Eine Mantelplattform für alles

AlmaWeb, Altsystem, Privatwebsites, Moodle2, TOOL, OLAT: Die Liste der Plattformen zur Modulverwaltung ist lang und unübersichtlich. Dazu kommen die einzelnen Online-Auftritte von StuRa und den Fachschaftsräten. Wir wollen das Chaos schlichten und endgültig alle Vorgänge des Prüfungs-, Anmeldungs- und Ergebnismanagements auf einem modernisierten, benutzerfreundlicheren AlmaWeb-System mit App-Integration vereinheitlichen.

### II Künstliche Intelligenz integrieren

Die neuesten Entwicklungen in der künstlichen Intelligenz erlauben mittlerweile per interaktiver Kommunikation mit großen Datenbeständen zu interagieren. Wir fordern eine KI, welche die Mantelplattform betreut und welche die Studenten direkt auf die richtigen Links verweist. Oft ist aktuell insbesondere neuen Studenten nicht klar, wie sie auf die Seite oder zu dem Dokument gelangen, dass ihrem Anliegen Abhilfe schafft. Zum einen, weil sie ihr Anliegen aus Unwissenheit nicht konkret benennen können und zum anderen, weil die Vielzahl an Plattformen eine Suche erschwert. Dieses Problem sollte beim aktuellen Stand der Technik in einer Hochschule der Vergangenheit angehören.

### III Unbürokratische Teilhabe

Wartezeiten für studentische Initiativen von vier oder mehr Wochen sind für uns nicht tragbar. Um universitäre Beteiligung zu beschleunigen, wollen wir daher auch Raumanträge

und Terminplanung per Online-Maske ermöglichen. Hierfür soll ein digitales Raumvergabe- und Managementsystem eingerichtet werden, das über sog. Whitelisting-Verfahren Karteien für Arbeitsgemeinschaften des Studentenrates, Mitarbeiter sowie universitäre Kooperationspartner erstellen und deren Anträge priorisiert online und in minutenschnellen Eilverfahren behandeln kann. Weiterhin sollen im Raummanagement auch die Belegungen der einzelnen Hörsäle einsehbar und somit die zügige Nutzbarkeit von freien Seminar- und Übungsräumen, etwa des Seminargebäudes oder der Campusbibliothek, erschlossen werden. Vorbild hierfür kann die Bibliotheksraumverwaltung sein. Eine laufende Platzauslastungsdiagnose und -anzeige von Bibliotheken soll unnötige Spaziergänge durch die Bibliothek in Prüfungszeiten per Appanzeige vermeiden und hinsichtlich seiner technischen Umsetzbarkeit geprüft werden.

#### IV Eine digitale Uni ist eine inklusive Uni

Durch die Corona-Pandemie wurde die Universität zur Digitalisierung gezwungen. Technik und Know-How sind dementsprechend vorhanden. Und dennoch ist ein Rückgang in der Digitalisierung der Kurse zu beobachten. Die in den letzten Jahren von vielen Fakultäten und Professoren unternommenen Schritte zur fortlaufenden Digitalisierung von Vorlesungsmaterialien wollen wir weitergehen. Neben Skripten, Übungen und deren Lösungen sollen auch Mitschnitte von Vorlesungen das ganze Semester lang hochschulöffentlich in der Uni-App verfügbar und digital zugänglich sein können. Eine Teilnahmemöglichkeit ist durch Arztbesuche, Amtstermine, Arbeit zur Finanzierung des Studiums oder physischen Einschränkungen schlichtweg nicht garantiert. Digitale Vorlesungen sind dementsprechend ein wichtiger Schritt zu einer inklusiveren Universität.

#### V Mehr E-Demokratie wagen

Wir Liberale sehen in den modernen Entwicklungen im eGovernment-Bereich große Chancen und fordern diese im Zuge einer uniweiten eDemocracy-Offensive umfassend an der Universität zu implementieren. So sollen studentische Beteiligungsinstrumente wie Befragungen, Abstimmungen und Wahlen sowie StuRa-Dokumente und Sitzungstermine nach dem Vorbild der Universität Gießen vereinheitlichend in die Uni-App integriert und mit entsprechenden Maßnahmen vor Missbrauch geschützt werden.

#### VI Alles auf einen Blick

Der Gang zu Ämterbüros zum Erwerb von Leistungsübersichten, Tables of Records usw. ist für uns nicht mehr zeitgemäß. Eine schnelle Transformation der einzelnen Daten in eine

.pdf-Tabelle soll daher in Zukunft auch per Knopfdruck oder App-Swiping schnell möglich und herunterladbar sein.



## **Vereinfachung der UniCard**

Die Liberale Hochschulgruppe Leipzig steht für eine fortschreitende Modernisierung an den Hochschulen Leipzigs und für größtmögliche persönliche Freiheit eines jeden Studierenden. Unmittelbar mit dem Studium an einer Hochschule verknüpft ist das Erhalten eines Studiausweises, der sog. UniCard, deren Funktion weitaus mehr als nur ein Ausweis ist. Neben MDV-Vollticket und dem Bezahlen via Mensa bzw. Kopierkonto ist mit ihr auch das Ausleihen von Medien in den entsprechenden Standorten der Universitätsbibliothek möglich. Als LHG sehen wir das Potenzial des Studierendenausweises jedoch noch lang nicht erschöpft und sind zuversichtlich, dass die Karte in vielen Bereichen flexibler und leistungsstärker werden kann.

### I Ein Konto für alles

Als ersten Schritt in Richtung Flexibilität fordern wir das Zusammenlegen der unterschiedlichsten Konten. Viele Studierende beklagen sich über eine fehlende Transparenz durch die verschiedenen Zahlungsstände. Ein Einheitskonto, in dem die Geldbeträge aus u.a. Mensa- und Druckkonto zusammengefasst werden sehen wir als flexible Lösung, da eine schnelle und übersichtliche Nutzung der Services genutzt werden kann. Zusätzlich dazu sollte eine bessere Kontrolle des aktuellen Kontostands gewährleistet werden.

### II Onlinebanking

Weiterhin soll schnelleres und unkomplizierteres Aufladen des Kontos ermöglicht werden, um unnötige Lauf- und Fahrwege sowie Warteschlangen vor Einzahlungsapparaten zu vermindern. Hierfür soll die UniCard mit einem Bankkonto oder durch einen Online-Bezahlanbieter verknüpft werden können.

## **Für eine Verwaltung, die mehr kann!**

Eine moderne und schnell funktionierende Verwaltung ist für uns Liberale Grundlage einer studentenfreundlichen Studienadministration. Bürokratische Auflagen und unnötig verlangsamende Prozesse sind im Sinne der persönlichen Lebensqualität eines jeden auf ein Minimum zu begrenzen. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für folgende Punkte ein:

### I Ein Akt, ein Weg - Verankerung des "Once only"-Prinzips

Wir Liberale fordern, dass Studenten, Mitarbeiter und Dozenten Informationen, die sie an hochschulische Verwaltungsstellen weitergeben, nur einmal übermitteln brauchen. Formulare und Verwaltung nehmen oft einen unnötig papierlastigen Teil ihrer kostbaren Zeit ein. Verschärft wird dieser Zeit- und Papierkiller noch, wenn die gleichen Informationen von unterschiedlichen Stellen verlangt werden. Daher fordern wir mehr Transparenz bei den Stellen untereinander: Wenn Hochschulangehörige Informationen einmal weitergegeben haben, sollen die Verwaltungsstellen in ihrem Auftrag auch für die Weitergabe an weitere relevante Stellen sorgen („Once-Only“-Prinzip). Für die Datenweitergabe werden transparente Regelungen über Anlass, Umfang und Zweck der Weitergabe sowie die entsprechenden Speicherfristen geschaffen. Die Datensätze sollen dabei dezentral gespeichert werden. Wenn Hochschulangehörige zur Herausgabe von Daten verpflichtet sind, muss dies auf unbürokratischste Art möglich sein.

### II Kurze Wege, große Wirkung: Etablierung hochschulischer „One-StopShops“

Wir Liberale wollen den Menschen den Umgang mit Hochschulverwaltungsstellen erleichtern und diese nach baulicher und administrativer Möglichkeit konsequent zu One-Stop-Shops ausbauen. Hochschulangehörige sollen nicht mehr zu verschiedenen Stellen müssen, um etwas zu erledigen, sondern nur noch zu einem Anlaufpunkt, an dem alles Nötige erledigt werden kann – am besten online. So müssen alle Daten nur einmal erfasst werden und vormals unterschiedliche Anmeldevorgänge bei unterschiedlichen Stellen werden synchronisiert. Daher fordern wir die Ausweitung der sogenannten Einheitlichen Stelle. Dafür muss die IT- Infrastruktur der Hochschulverwaltung an der Universität Leipzig dynamisch fortentwickelt werden.

### III Digital first, Papierstau second

Jährlich verschlingen Verwaltungsvorgänge, Analogordner und Briefverkehr Unsummen an Papier im universitären Prozess. Wir Liberale bekennen uns im Sinne der Nachhaltigkeit zu einer Minimierung der Papiernutzung auf ein absolutes Minimum und fordern eine radikale

Digitalisierungsoffensive in der Univerwaltung. Wo immer möglich sollen Papierordner durch cloudbasierte Lösungen, Antragspapiere durch Onlinemasken und Schriftverkehr durch verschlüsselte E-Mail-Standards ersetzt werden.

## **Für eine Forschung, die herausragt!**

Wissenschaftlicher Anspruch und erhöhte Innovationsfähigkeit sind für uns Liberale Fundament angesehener Forschung und des gesellschaftlichen Auftrags unserer Universität. Wir wollen diese durch das folgende Maßnahmenpaket stärken.

### I Voll und exzellent: Forschungsvielfalt stärken

Die LHG will die Universität Leipzig zurück auf den Weg zur Volluniversität bringen. Das bedeutet die Einrichtung eines ingenieurwissenschaftlichen Studiengangs, gegebenenfalls in Kooperation mit der HTWK Leipzig. Die Studiengänge in Pharmazie, Logik, Mineralogie und Materialwissenschaft, Zahnmedizin, Theaterwissenschaften, Slawistik, Archäologie und andere bedrohte Fächer müssen erhalten werden. Sogenannte Orchideenfächer sind dabei ein unerlässlicher Bestandteil des Uni-Markenkerns und zum Vorteil der Einrichtung und der Gesellschaft: Sie bereichern das Wahlangebot und ihr Erhalt ist auch ein besonderer konservatorischer Auftrag, dem die Universität nachkommen muss.

### II Transparenz statt Verbote

Die LHG fordert die Einführung einer Transparenzklausel, welche eine hochschulöffentliche Offenlegung aller Kooperationspartner vorsieht. Die Einführung einer Zivilklausel lehnt die LHG ab, um die Vertiefung von Doppelstrukturen an zivilen und militärischen Einrichtungen zu verhindern.

### III Professuren individualisieren

Hervorragende Lehrer blühen oft nur im Hörsaal richtig auf, während exzellente Forscher manchmal nur in ihren Projekten einzigartige Leistungen erzielen. Wir wollen diese individuellen Fähigkeiten anerkennen und den Hochschulen die Möglichkeit geben, Forschung und Lehre in einer Professur frei zu gewichten. Damit verbunden ist auch die Schaffung reiner Forschungs- und Lehrprofessuren, um auch die Qualität der Lehre zu steigern. Eine Forschungsprofessur darf nicht der Lehrprofessur zur Last fallen

### IV Forschung und Mittelstand vernetzen

Wir wollen Forschungsk Kooperationen und Ausgründungen stärker fördern, indem wir bestehende Netzwerke besser ausstatten und Anreizsysteme oder erfolgsabhängige Komponenten, beispielsweise für Patentverwertungen oder Ausgründungen, schaffen. Weiterhin wollen wir die Unterstützung und Förderung von anwendungsorientierten

Forschungsnetzwerken ausbauen und bürokratische Barrieren abbauen, Crowd Innovation initiieren und den Aufbau von Kreativwerkstätten befördern.

#### V Grenzüberschreitende Leuchttürme bauen

Statt isolierender Alleingänge setzen wir Liberale auf gemeinsame Kooperation mit Partnerhochschulen in Leipzig und der Region. Um den Geltungs- und Qualitätsanspruch der Universität überregional ausfüllen zu können, sind interuniversitäre Doppelstrukturen nach Möglichkeiten abzubauen, Forschungssynergien auch über die Grenzen Sachsens hinaus zu mehren und ein mitteldeutscher Exzellenzcluster im Herzen der Region einzurichten. Mit unseren Partnerinnen und Partnern wollen wir auf den Aufbau eines Mitteldeutschen Instituts für Sicherheitsforschung in Kooperation mit weiteren Universitäten und gesellschaftlichen Akteuren hinwirken. Die Schaffung einer universitär verzahnten Leipziger Zweigstelle des German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) ist offen und in enger Abstimmung mit lokalen Partnern in Wissenschaft und Gesellschaft sowie mit dem Bundesministerium der Verteidigung zu prüfen.

## **Für ein BAföG, das für Jeden reicht!**

Die LHG setzt sich für die Schaffung eines elternunabhängigen und unbürokratischeren BaföG-Modells ein. Dieses soll abweichend vom jetzigen System ohne behördliches Ansehen der finanziellen Situation der Eltern und ohne komplizierte bürokratische Nachweispflichten in gleicher Höhe für alle Studierenden ausgezahlt werden. Dies ermöglicht einen deutlich schnelleren, unbürokratischeren und für alle zugänglichen Antragsprozess. Hierfür soll die Universität Leipzig gegenüber der Bundesebene mit einem Zwei-Säulen-Finanzierungsvorschlag einbringen:

### I Elternunabhängiger Grundbetrag

Säule I beinhaltet dabei einen nicht rückzahlungspflichtigen Grundbetrag von 300 Euro, der jedem Studierenden zugutekommt. Zur Finanzierung sollen sämtliche staatlichen Leistungen und Vergünstigungen, die bisher den Eltern für ihre studierenden Kinder gewährt werden, sowie bisher schon nicht rückzahlungspflichtige BaföG-Zuschüsse entfallen. Im Gegenzug entfällt der Anspruch auf Ausbildungsunterhalt gegenüber den Eltern.

### II Ein zinsgünstiges und -stabiles Darlehen

Die zweite Säule ist ein zinsgünstiges und -stabiles Darlehen von maximal 500 Euro im Monat. Dieses soll analog zum jetzigen Modell nach Studienende im Laufe des Erwerbslebens und unter Berücksichtigung der individuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vom jeweiligen BaföG-Empfänger zurückgezahlt werden.

### III Dein Job, dein Geld: Zuverdienstgrenzen streichen!

Die LHG setzt sich für eine Streichung der derzeit bestehenden Zuverdienstgrenzen für BaföG-Empfänger ein. Jeder Studierende soll selbst frei entscheiden können, wieviel Geld er im Monat durch Arbeit dazuverdienen kann und möchte.

### IV Verwaltung 2.0: Für einen unkomplizierten BaföG-Antrag

Der BaföG-Antragsprozess soll in Zukunft durch die Möglichkeit verschickbarer „Online-Only“-Formulare in der Uni-App neben dem postalischen Weg auch vollumfassend digital möglich sein. Dies schon die Umwelt und beschleunigt und entbürokratisiert den Prozess der Antragstellung. Langfristiges Ziel muss hierbei die Schaffung einer schnelleren und papierlosen Verwaltung sein.

## **Für eine Infrastruktur, die Chancen schafft!**

Für uns Liberale ist eine starke Infrastruktur elementare Grundlage für ein gutes Lernklima und individuelle Selbstentfaltung im Studienalltag. Um diese umfassend und nachhaltig zu modernisieren, setzen wir uns für folgende Punkte ein: Bibliotheken updaten Vor allem die jährlichen Preissteigerungen bei elektronischen Zeitschriftenabonnements setzen den Bibliotheken stark zu. Hier muss eine Balance zwischen guter Ausstattung und dem Preis getroffen werden – Die Verlage müssen in härter zu führenden Verhandlungen gezwungen werden, sinkende Publikationskosten an die Kunden weiterzugeben. Dennoch fordern wir mindestens gleichbleibende Mittel für die staatlichen Hochschulbibliotheken. Die Potentiale von Open-Access und digitalem Selbstverlag müssen besser ausgeschöpft werden. Ihre Anerkennung in Promotions-, Habilitations- und Berufungsverfahren werden wir durch Änderung der betreffenden Ordnungen vorantreiben. Staatliche Drittmittelgeber fordern wir auf, die Geförderten zu Open-Access-Publikationen zu verpflichten.

### I Flexibles Semesterticket

Die LHG spricht sich entschieden gegen das aktuelle Semesterticket in Form eines verpflichtenden MDV-Volltickets aus. Wir fordern eine Rückkehr zu einem zeitgemäß verhandelten Sockelticket, welches die Nutzung des ÖPNV nur im Leipziger Stadtgebiet und nur zu bestimmten Uhrzeiten ermöglicht und dadurch wesentlich günstiger als ein MDVVollticket ist. Das Sockelticket soll dabei die Möglichkeit zur optionalen Erweiterung auf ein MDV-Vollticket durch Zusatzzahlungen oder weitere vom StuRa auszuverhandelnde Module mit alternativen privaten Anbietern lassen. Ein Austritt aus der verfassten Studierendenschaft muss den Studenten auch aus der Gültigkeit des Sockeltickets entlassen.

### II Kaffeeautomaten installieren

Der LHG sind die Bedürfnisse von Studenten und Wissenschaftlern ein besonderes Anliegen. Kein Mitglied dieser Hochschule darf mehr als 10 Minuten brauchen, um warmen Kaffee in guter Qualität und zu günstigen Preisen rund um die Uhr, auch am Wochenende, erhalten zu können. Hierfür ist auch die Aufstellung von Kaffeeautomaten, zum Beispiel durch externe Servicepartner, notwendig. Als positives Beispiel für die Umsetzung dieser Forderung ist die Fakultät für Chemie und Mineralogie zu nennen.

### III Student-Meal-System etablieren

Sushi oder Mensanudeln? Du entscheidest! Hierfür möchten wir ein Student-Meal-System nach slowenischem Vorbild in Sachsen errichten. Kernstück dabei ist die Umstellung der Angebotsstruktur für studentisches Essen. Das bisherige Primat der Einrichtungen des Studentenwerks, der Mensen und Cafeterien, soll zugunsten privater Restaurants, Imbisse und Lieferdienste im Umfeld der Universität aufgehoben werden. Nach Aufnahme in das System sollen die Anbieter speziell für Studierende kostengünstige und teilweise subventionierte Essen anbieten, die Mensen sollen ihren Betrieb als ein Anbieter innerhalb des Systems unverändert fortsetzen. Durch den damit entstehenden Wettbewerb erwarten wir eine Entlastung der zum Teil überfüllten Mensen und günstigere Preise für Angebote, die bisher nicht durch das Studentenwerk abgedeckt werden.

### IV Auf dem Weg zur 24/7-Uni

Die LHG will sich dafür einsetzen, an allen öffentlich zugänglichen Gebäudekomplexen der Universität einen 24-Stunden Eingang einzurichten, der die Nutzung der Räumlichkeiten die ganze Woche über zu jeder Tageszeit ermöglicht. Dabei können einzelne Abschnitte zur Wahrung der Sicherheit abgesperrt werden.

### V Alten Bowlingtreff nutzen

Wir wollen darauf hinwirken, dass der alte Bowlingtreff am Wilhelm-Leuschner-Platz im Zuge des Konzepts „Platz der friedlichen Revolution“ in ein Soziokulturelles Zentrum in Trägerschaft eines Vereins umgewandelt wird. In diesem soll die studentische Selbstverwaltung neue, größere Räumlichkeiten erhalten. Die Finanzierung soll zwischen Universität, Stadt und privaten Spendern geregelt werden.

### VI Säkulare Hochschule

Wir Liberale lehnen die Einrichtung eines sog. Stillen Raumes konfessioneller Prägung oder eine anderweitige Vereinnahmung universitären Raums durch religiöse Bünde an der Universität Leipzig ab. Die konfessionelle Nutzung des Paulinums und die theologische Ausbildung an der Universität bleibt hiervon aus historischen Gründen unangetastet, sofern eine grundsätzlich konfessionslose Nutzung der entsprechenden Räumlichkeiten gewährleistet ist.



## **Für ein Demokratie-Update, das Teilhabe stärkt!**

Wir Liberale sind leidenschaftliche Demokraten und kämpfen daher schon seit langem gegen niedrige Wahlbeteiligungen deutlich unterhalb der 20%. Das spürbare Ungleichgewicht zwischen politischem Interesse auf der einen und niedrigen Engagementquoten auf der anderen Seite wollen wir durch einen Ausbau wirklicher Teilhabeinstrumente eibnen. Konkret fordern wir:

### I SturUpdate: Parlamentarische Demokratie statt Rat der Räte

Das sächsische Hochschulgesetz ist in puncto gesetzliche StuRa-Zusammensetzung umfassend zu reformieren. Die bisher geltenden Regularien des Mehrheitsprinzips für Fachschaftsräte im StuRa sind zu Gunsten einer vollständigen Demokratisierung der Hochschulgremien abzuschaffen. Der Studentenrat soll sich rein aus freien, unabhängigen, geheimen und direkten Wahlen konstituieren und legitimieren. Mittelfristiges Ziel bis zur Reform des SächsHSG muss dabei die Verankerung eines Anteiles von mindestens 49% direkt gewählten Abgeordneten in der Sitzverteilung des StuRa-Plenums sein. Dabei sollen die FSRä als eigenständige Gremien belassen werden und im zwei-DrittelVotum über die repräsentativen Haushaltszwecke des StuRa entscheiden. Der StuRa besitzt keine Weisungsbefugnis über die FSR. Die FSRä können mit einem einstimmigen Veto in die laufende repräsentative Arbeit des StuRa eingreifen.

### II Echte politische Hochschulgruppen

Die politischen Hochschulgruppen sollen einen herausgehobenen Status im Rahmen der Hausordnung innerhalb der studentischen Selbstverwaltung erhalten, um in allgemeinen Wahlen maßgebend an der Willensgestaltung mitwirken zu können. Das bedeutet einen Zugang zu Räumlichkeiten und angemessene Wahlkampfmöglichkeiten auf dem Gelände der Hochschulen.

### III Berufungsbeauftragter

An der Universität Leipzig muss eine Stelle für einen zentralen Berufungsbeauftragten geschaffen werden, der die Einhaltung des Rechtsrahmens der Verfahren überwacht.

### IV Hochschulrat

Die LHG empfindet die Machtfülle und Zusammensetzung des Hochschulrates als dringend reformbedürftig!

## V Hochschulautonomie und staatliche Kontrolle

Eine bessere Hochschulverwaltung ist für die LHG nur durch mehr Selbstbestimmung und Autonomie erreichbar. Für Hochschulen fordern wir eine längerfristige Haushaltsplanung durch den Freistaat. In der Zwischenzeit kann das Erreichen oder Verfehlen gemeinsam festgelegter Ziele die konkrete Höhe der Mittel beeinflussen. Initiativen und Vorschläge für diese Zielsetzungen, die auch die Hochschulentwicklung miteinschließen, müssen dabei jedoch von der Hochschule ausgehen. Hierfür könnte eine ständige allfakultäre Kommission des Senats gegründet werden, die Resolutionen als Grundlage für Verhandlungen mit dem Freistaat verfasst und sich besser als der Senat bisher mit den einzelnen Fakultäten vernetzen kann. Der §10 Sächsisches Hochschulgesetz, insbesondere Absatz 3, muss so geändert werden, dass Augenhöhe bei Verhandlungen wiederhergestellt wird.

## **Für eine nachhaltige Uni, die die Umwelt schont!**

Die LHG sieht in der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und einer klimapolitisch verantwortungsvollen Universitätsführung eine zentrale Herausforderung. Dabei setzen wir verstärkt auf Freiheit statt Bevormundung, Technologieoffenheit statt -vorgabe und eine Stärkung der individuellen Grundverantwortung jedes Einzelnen. Insbesondere fordern wir daher:

### I Mehr Grün im Grau

Die LHG fordert die weitere Begrünung der Universität, insbesondere durch Möglichkeiten der Dachbegrünung und Raumbepflanzung. Eine architektonisch elegante und nachhaltige Lösung in der baulichen Weiterentwicklung unserer Universität ist im Zuge einer langfristigen Begrünungsinitiative auszugestalten.

### II CO<sub>2</sub>-Neutralität

Wir wollen unsere Universität langfristig als Net-Zero-Universität etablieren. Im Sinne einer Beteiligung an der gesellschaftlichen Herausforderung durch den Klimawandel ist eine langfristige Nettonullbilanz bei CO<sub>2</sub>-Emissionen anzustreben. Die Verwendung modernster Technologien zur CO<sub>2</sub>-Sorptions ist dabei ebenso zu evaluieren wie eine Vermeidung unnötiger Emissionen. Hierzu ist auch der ökologische Fußabdruck zu ermitteln.

### III Papiervermeidung

Wir wollen, wo immer möglich, analoge und papieraufwändige Prozesse in digitale Prozesse überführen. Hierfür soll im Zuge einer Papierabbau-Offensive evaluiert werden, welche Verfahren rechtlich zulässig in digitaler Weise geführt und wo Papierdokumentationen abbaubar sind.

### IV Recycling-Initiative

Wir Liberale bekennen uns zu den Nachhaltigkeitserfolgen der ökologischen Kreislaufwirtschaft. Wir setzen uns daher für eine groß angelegte universitäre Recyclinginitiative ein, die die Einsatzmöglichkeiten kreislaufwirtschaftlicher Methoden im universitären Raum evaluiert und vermeidbare Restabfälle nachhaltig reduziert.

## V Bottle Up!

Die LHG fordert die flächendeckende Installation von Wasserspendevorrichtungen. Dazu sollen baulich geeignete Punkte an hochfrequentierten Plätzen der Leipziger Hochschulen unter Maßgabe geltender Hygienevorschriften untersucht und umfassend ausgebaut werden. Die erforderlichen Ausgaben sollen aus den hochschuleigenen Etats zur Hochschulentwicklung und durch Fonds des Freistaates refinanziert werden.

## **Für solide Finanzen, die den Einzelnen stärken und den Haushalt entlasten!**

Grundlage jedweden politischen Handelns ist die Fähigkeit zu investiven Maßnahmen. Um die Investitionsspielräume unserer Alma Mater ebenso wie die aller Studenten an ihr zu fördern, fordern wir konkret:

### I Deutschlandstipendium

Wir empfinden das Deutschlandstipendium als ein nützliches Instrument, um Gelder aus der Privatwirtschaft zur Förderung von talentierten Studierenden einzuwerben. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Anzahl der in Leipzig ausgeschriebenen Deutschlandstipendien weiter steigt. Die massive Ungleichverteilung der Deutschlandstipendien auf verschiedene Fachbereiche, insbesondere die Bevorzugung von Ingenieurwissenschaften bei gleichzeitiger Nichtbeachtung von geisteswissenschaftlichen Fächern, sehen wir kritisch. Zur Verbesserung der Umstände streben wir eine aktive, durch alle Mitglieder der Hochschule betriebene, Bewerbung des Deutschlandstipendiums gegenüber etwaigen Geldgebern an.

### II Abschlusszahlen statt Studentenzahlen

Die aktuelle Kopplung der Finanzierung der sächsischen Hochschulen an die Zahl immatrikulierter Studenten spiegelt die tatsächlichen Kosten der Lehre nicht hinreichend gut wider. Dies inzentiviert die Immatrikulation von nicht tatsächlich studierenden Studenten. Wir fordern daher die Orientierung der Lehrfinanzierung an den Zahlen abgelegter Modulprüfungen, gewichtet mit den entsprechenden ECTS-Credits. Finanzierung der grundständigen Lehre aus öffentlichen Mitteln Lehrveranstaltungen, die für den erfolgreichen Abschluss eines Studiums unerlässlich sind, also Pflichtmodule und Pflichtpraktika, müssen vollständig aus öffentlichen Mitteln getragen werden. Die Unbeständigkeit, die mit Drittmitteln verbunden ist, sollte nicht zum Ausfall von Lehrveranstaltungen und der Verlängerung von Studienzeiten führen.

### III Sozialbeiträge

Die Bildung, welche Studierenden zu Teil wird, kostet die Gesellschaft Geld. Um die Studenten an diesen Kosten zu beteiligen, ohne die z.T. ohnehin prekäre Lage während des Studiums zu verschärfen, sollen die Hochschulen Sozialbeiträge erheben. Diese muss zahlen, wer einen Hochschulabschluss hat, berufstätig ist, und einen Teil seines Studiums an der Uni Leipzig verbracht hat. Die Beiträge werden semesterweise berechnet, die Höhe

beschließt der Senat. Die erzielten Einnahmen müssen von der Universität Leipzig zweckgebunden für die Verbesserung der Lehre eingesetzt werden.

#### IV FSR first, StuRa second

Wir Liberale sehen in der zunehmenden Zweckentfremdung von StuRa-Geldern für allgemeinpolitische Projekte bei gleichzeitig immer weiter steigenden Belastungen für den einzelnen Studenten ein eklatantes Ungleichgewicht. Wir fordern daher eine radikale Reform des StuRa-Haushalts nach österreichischem Modell: Alle Referate, Stellen, Investitionen und Haushaltsposten werden hinsichtlich ihres Nutzens und in der Reihenfolge ihrer Förderhöhe durch die Studentenschaft bewertet. Nicht notwendige oder nicht hochschulbezogene Ausgaben werden gekürzt und in ihrer Höhe als Entlastungsvolumen an die Beitragszahler zurückgegeben. Langfristig sind die Einnahmen subsidiär den Fachschaftsräten gemäß ihrer jeweiligen Studentenanteile auszuführen und das Haushaltsrecht des StuRa auf jene Posten zu konzentrieren, die von einer zwei-Drittel-Mehrheit der Fachschaftsräte als notwendig erachtet werden. Ausgenommen hiervon sind unmittelbar dringende Pflichtaufgaben der Studentenschaft gemäß SächsHSG.

## **Für eine starke Uni, die Sicherheit schützt und Recht durchsetzt!**

Wir Liberale sind der Überzeugung, dass die Freiheit des Einzelnen größtmöglichen Spielraum, aber auch klare ordnungspolitische Regeln braucht. Diese finden vor Allem überall dort ihre Anwendung, wo die Freiheit eines Anderen berührt und eingeschränkt wird. Öffentliche Einrichtungen wie unsere Universität kommt dabei eine besondere Rolle zu. Konkret fordern wir deshalb:

### I Entschlossen gegen Extremisten und Verfassungsfeinde

Die LHG bekennt sich zur Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Jeder Anschauung oder Unternehmung, die versucht, diese sowohl auf pseudodemokratischem als auch "revolutionärem" Weg zu beseitigen, treten wir entschlossen entgegen. Insbesondere lehnen wir eine finanzielle Förderung von -, und die Vergabe öffentlichen Raums an verfassungsfeindliche, antisemitische oder offen rassistische Gruppierungen sowie deren Akteure ab. Die Agitation betreffender Gruppen auf dem Campus soll durch eine konsequente Durchsetzung der Hausordnung unterbunden und etwaige Propagandamaterialien durch die Hausverwaltung entfernt werden.

### II Illegales Wildplakatieren und -flyern beenden

Mit Sorge betrachten wir die Zunahme extremistischer Tendenzen an unserer Hochschule, die durch unwidersprochene Fake News und immer neue Propagandamaterialien eine neue Dimension erreicht hat. Die Universität sieht in ihrer Hausordnung eine entsprechende Regelung gegen Wildplakate und -flyer, die ohne Genehmigung angebracht wurden, vor. Wir wollen, dass dieses geltende Recht wieder durchgesetzt und Verstöße gegen selbiges klar geahndet werden. Zur besseren Identifikation der Ursprünge von Plakaten ist langfristig über eine universitäre V.i.S.d.P.-Richtlinie nachzudenken.

### III Das Obdachlosigkeitsproblem an unserer Uni städtisch lösen

Wir sehen in der Obdachlosigkeit in unserer Stadt ein brennendes Problem, das einer städtischen Lösung bedarf. Angesichts der zunehmenden Zahl an Obdachlosen auf dem Campus fordern wir die Universität zur Aufnahme eines Lösungsdialogs mit der Stadt Leipzig auf. Verstöße von Dritten gegen die Hausordnung oder Beeinträchtigungen des universitären Lehr- und Forschungsklimas sind mit Platzverweis zu ahnden. Mittelfristig soll sich die Universität Leipzig wieder ausschließlich auf ihre originäre Aufgabe als Ort des Lehrens und Lernens, von Wissenschaft und Forschung rückbesinnen und die Sozialpolitik den dafür zuständigen Gremien überlassen.





## **Für die größtmögliche studentische Freiheit!**

Die LHG setzt sich für mehr liberalen Raum für individuelle Lebensmodelle an der Universität Leipzig ein. Wir sind der Überzeugung, dass eine gute und freie Studienqualität nicht nur gut für das Individuum, sondern auch förderlich für das gesamte Miteinander an der Universität Leipzig ist. Hierfür fordern wir konkret:

### I Zulassung zum Studium

Wo es mehr Interessenten als Plätze für einen Studiengang gibt, muss eine Entscheidung darüber getroffen werden, wer immatrikuliert wird und wer nicht. Die Regeln nach denen diese Vergabe erfolgt, soll durch die betreffende Fakultät festgelegt werden. Deren paritätisch mit Studierenden und Dozierenden besetzte Studienkommission kann am besten einschätzen, welche Kriterien bei der Auswahl für Studienerfolg, nachrangig auch für Erfolg im späteren Berufsleben, sprechen. Die LHG lehnt eine Bevorteilung oder Quotierung nach Geschlecht hierbei ab. Die LHG erkennt an, dass Interessenten mit Eltern ohne Hochschulabschluss oder geringem Einkommen schlechtere Chancen darauf haben, ein Studium zu beginnen oder abzuschließen, jedoch liegt die Lösung hierfür nicht an der Hochschule selbst. Vielmehr müssen hier Schule und Gesellschaft in die Pflicht genommen werden. Für wenige Studiengänge kann eine zentrale, hochschulübergreifende oder externe Vergabe jedoch sinnvoll sein. Solche Studiengänge zeichnen sich durch besonderes gesellschaftliches Interesse an einer effizienten Verteilung der Plätze beispielsweise wegen der hohen Kosten (z. B. Humanmedizin) aus. Die derzeit bei der Stiftung für Hochschulstart verwendeten Prioritätslisten sind grundsätzlich zu überdenken. Die Bewerbung in unterschiedlichen Fächern muss möglich sein. Ob an einem solchen zentralen Vergabeverfahren teilgenommen wird, soll im Benehmen von Fakultät und Rektorat stehen.

### II Studienabbruch ist kein Malus

Wer nach weniger als einem Jahr sein Studium beendet und an weniger als die Hälfte der vorgesehenen Prüfungen teilgenommen hat, soll nicht mehr als Studienabbrecher geführt werden. Eine Gesellschaft, die weniger den erworbenen akademischen Grad, sondern eher die Fähigkeiten und Kompetenzen eines Bewerbers bewertet, ist für die LHG wünschenswert – Ein Studienabbruch ist nämlich nicht immer mit Scheitern gleichzusetzen.

### III Mehr Mobilität

Die Universität Leipzig soll die Vergleichbarkeit von Studieninhalten und Abschlüssen gemeinsam mit anderen Hochschulen evaluieren und verbessern, um die Mobilität für

Studierende zwischen Hochschulen zu vereinfachen. Kriterienkataloge von Fachverbänden zu Studienverläufen und -inhalten sollen stärker Berücksichtigung finden. Außerdem ist es unbedingt notwendig Kooperationsvereinbarungen mit ausländischen Hochschulen anzustreben, dies ist meist nicht mit laufenden Kosten verbunden und würde beispielsweise Medizinstudenten die Aufnahme von Praktika im Ausland ermöglichen.

#### IV Undergraduate Master

Für bestimmte Studiengänge, in denen ein Bachelorabschluss nicht berufsqualifizierend ist, kann es sinnvoll sein, Studierende für ein fünfjähriges Undergraduate-Master-Programm zu immatrikulieren. Dies ist gut für Studierende, die ein konkretes Ziel vor Auge haben und dieses so ohne das Risiko einer Lücke während der Zulassung zum Master erreichen können. Die Hochschulen können zudem bei den Auswahlverfahren genauer auf die besonderen Anforderungen der bestimmten Spezialisierung Wert legen.

#### V Bessere Zulassungsbedingungen für Zweit- und Parallelstudium

Die LHG setzt sich dafür ein, dass Zulassungsvoraussetzungen für ein Zweit- oder Parallelstudium fairer gestaltet werden. Bewerber sollen die Möglichkeit haben bei der Bewerbung die gleichen Chancen zu bekommen, wie Bewerber auf ein Erststudium. Wir sind gegen eine Quotierung oder Zulassungsmöglichkeiten nur bei freibleibenden Kapazitäten nach dem Nachrückverfahren. Die Bewerbungen sollen identisch nach den Leistungsmaßstäben des Fachbereichs behandelt werden. Dabei können erbrachte Studienleistungen in anderen Fächern mit in Betracht gezogen werden. Wir fordern außerdem die Möglichkeit einer Bewerbung auf Zweithörerschaft einzuführen, wie sie etwa an der MLU Halle möglich ist.

#### VI Familien fördern

Die LHG möchte sich dafür stark machen, dass Fakultäten eine familienfreundlichere Studienplatzvergabe einführen. Studierenden, die Kinder haben oder Angehörige pflegen, soll so die Möglichkeit gegeben werden am Wohnort zu bleiben und dort die Hochschule zu besuchen. Die Härtefallregelung, die diese Personen bisher nutzen können, betrifft dann nur noch chronisch Kranke und Menschen mit Beeinträchtigungen. Dabei ist trotzdem das Leistungsprinzip zu beachten.

## VII Ernährungsvielfalt

Die LHG spricht sich gegen verpflichtende Veggie Days in den Kantinen des Studentenwerkes aus. Welches Angebot tagesaktuell vorherrscht, soll allein im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage statt durch ideologische Kalenderküche vorgeschrieben werden. Eine grundlegende Vielfalt der Ernährungsweisen soll durch ein in allen Studentenwerksmensen verfügbares veganes Angebot abgedeckt werden.

## VIII Kleidungsfreiheit

Wir Liberale bekennen uns zu einer unveräußerlichen Grundfreiheit des Einzelnen auf freie Kleidungswahl. Ideologische Kostümierungsverbote oder Kleidervorschriften zu Karnevalsveranstaltungen oder ähnlichen studentischen Events durch den StuRa und andere universitäre Gremien lehnen wir ab. Empfehlungen zur Abendgarderobe wie bspw. Black Tie-Codes sind hiervon unberührt.

## IX Teilzeitstudium

Die bereits 2013 beschlossenen Regelungen zum Teilzeitstudium müssen konsequent von den Fakultäten umgesetzt werden. Wo möglich muss ein Angebot von Lehrveranstaltungen außerhalb der kanonischen Zeiten geschaffen werden. Senat und Rektorat sollen dies genauer überwachen.

## X Anwesenheitspflichten real abschaffen

Die LHG fordert die konsequente Umsetzung geltenden Rechtes in Bezug auf Anwesenheitspflicht in nicht-praktischen Seminaren.

## XI Gründergeist fördern

Die LHG fordert, den Punkt "Unternehmensgründung" als ordentlichen Beurlaubungsgrund in § 21 Abs. 3 der Immatrikulationsordnung der Universität Leipzig aufzunehmen.

## XII Studierende als Gastwissenschaftler

Die LHG setzt sich dafür ein, dass fächerübergreifend mehr Wissenschaftspraxis Platz im Studium findet. Empfehlenswert finden wir dabei die Arbeit der Studierenden als Gastwissenschaftler am eigenen Institut, wo unter degressiver Anleitung kleine Forschungsprojekte bearbeitet und evaluiert werden können. Wichtig sind dabei ein konstruktives Feedback und die Unterstützung des Lernprozesses. Die LHG ist gegen eine Kultur der unentlohnten Praktika, daher sollten diese Erfahrung in Form von Credit Points

ins Studium integriert werden. Falls das nicht möglich ist, muss die Forschungstätigkeit der Studierenden entlohnt werden.

#### XIII Außerordentliches Studium

Wir möchten die Möglichkeit eines außerordentlichen Studiums nach dem Vorbild von Österreich schaffen. Über den regulären Semesterbeitrag hinaus sollen außerordentliche Studierende eine Studiengebühr entrichten müssen. Dieses Angebot soll die Möglichkeit eröffnen, bestimmte Lehrveranstaltungen zu besuchen und auch mit Prüfung abschließen zu können, ohne als ordentlicher Studierender in einem Studiengang eingeschrieben zu sein. Ordentliche Studierende werden bei der Vergabe von Plätzen in Lehrveranstaltungen bevorzugt. Der Status als außerordentlicher Studierender erlischt mit der Einschreibung als ordentlicher Studierender in diesen Studiengang.

#### XIV Auf in den Fünftversuch!

Die LHG fordert die Abmeldefrist für Klausuren in den Prüfungsordnungen der Fakultäten der Universität Leipzig abzuschaffen. Eine beliebig häufige Prüfungsteilnahme nach dem Vorbild des vormaligen Diplommodells ist anzustreben. Einziger Exmatrikulationsfaktor soll die Länge des Studiums sein.

#### XV Drogenkonsumraum an der Uni Leipzig

Die LHG betrachtet den deutschlandweit zunehmenden Anstieg von Drogenabhängigen unter Studenten mit Sorge und fordert daher eine großangelegte und medizinisch begleitete Studie zu Drogenkonsum an der Universität Leipzig. Statt Sanktion und Prohibition setzen wir dabei auf das bewährte freiheitliche Konzept des selbstbestimmten Konsums mit Drugchecking-Schranke, bei welchem von Probanden mitgebrachte Betäubungsmaterial ohne strafrechtliche Verfolgung hinsichtlich ihrer pharmakologischen Zusammensetzung überprüft und über diese informiert wird. Der Fokus liegt dabei auf der medizinischen Entzugsunterstützung statt einer Kriminalisierung der Probanden. Das Modell soll in Form eines universitären „offenen Drogenkonsumraums“ in den Spielräumen des Betäubungsmittelgesetzes ausgestaltet werden. Proband werden kann jeder Angehörige der Universität Leipzig. Ergebnisse der Studie sollen als wissenschaftlicher Mehrgewinn transparent, aber anonymisiert veröffentlicht werden.